

11. KAPITEL: WIRTSCHAFTSLÜGEN DER EULITE

Andreas van de Kamp
andreasvandekamp@gmail.com

Stärker als in Deutschland spielt im österreichischen Wahlkampf das Thema Euro/Eurozone eine Rolle. Das ist darauf zurückzuführen, dass es im österreichischen Parlament drei Oppositionsparteien gibt, die gute Gründe dafür anführen können, warum eine überzogene Integration in die EU im Allgemeinen sowie die Übernahme der europäischen Einheitswährung im Besonderen ein fatale Fehler gewesen sind. Keine der genannten Parteien ist jedoch dafür, im Alleingang zu einer nationalen Währung zurückzukehren oder gar ohne Not aus der EU auszutreten. Letzteres könnte, wenn's dumm läuft, tatsächlich auf einen wirtschaftlichen Selbstmord hinauslaufen.

Besondere Bedeutung hatte dieses Thema für die TV-Diskussion zwischen dem jungen Altpolitiker Michael Spindelegger und dem alten Jungpolitiker Frank Stronach am 3. September. Letzten Endes ging es um hunderttausende Stimmen von Personen, die nie rot oder grün wählen würden und die sich derzeit auf der Suche nach Argumenten befinden, um weder ÖVP noch FPÖ wählen zu müssen.

In der Diskussion bekräftigte Stronach seine Skepsis gegenüber dem Euro und verteidigte ein Konzept, das ein Berater, der deutsche Ökonom Wilhelm Hankel ersonnen hat - die faktische Rückkehr zu den nationalen Währungen bei gleichzeitiger Beibehaltung des Euro als gemeinsame Verrechnungseinheit, gegen die die ersteren "floaten" könnten. Der "österreichische Euro" würde dabei einen anderen Wert als beispielsweise der griechische Euro haben.

Mehr hat Stronach nicht gebraucht! Die Moderatorin der Diskussion, Ingrid Thurnher, überführte ihn der Lüge und der Wankelmütigkeit indem sie einen vorbereiteten O-Ton einspielen ließ, in dem Stronach die Rückkehr zum Schilling verlangte. Auf die Idee, dass es relativ egal ist, ob zu einer solchen Währung "österreichischer Euro" oder Schilling gesagt würde, kam sie nicht.

Etwas weniger gut hatte sich die Dame auf Spindelegger vorbereitet, der immerhin im Parlament mitgestimmt hat, als dieses 1998 die Einführung des Euro beschlossen hat. Bei diesem Thema hätte man Spindelegger zum Beispiel durchaus auch als "Zeitzeugen" befragen können - zum Beispiel ob er es noch immer für eine gute Idee hält, eine neue Währung einzuführen ohne dabei die Bevölkerung zu Wort kommen zu lassen oder was aus den damaligen Beteuerungen geworden ist, man würde die Österreicher schon noch von der neuen Währung überzeugen.

Spindelegger, der aus der Arbeitnehmerorganisation der Volkspartei kommt, forderte den ehemaligen Industrie-Zampano auf, dieser solle "doch einmal mit der Wirtschaft reden". Er, Spindelegger, täte das jedenfalls und "ich weiß, dass keiner von denen das will". Ein Ende des Euro wäre für die Wirtschaft der "Todesstoß", eine "eigene Währung für acht Millionen Österreicher wäre total unsicher und für jeden Exportbetrieb eine Katastrophe."

Die Mühe, das wenigstens andeutungsweise zu erläutern, machte sich der Politiker nicht. Aber er unterhält scheinbar zwei unterschiedliche, miteinander nicht wirklich vereinbare Vorstellungen: dass ein österreichischer Schilling im Vergleich zum Euro relativ schwach sein würde und dass eine solche Weichwährung den Exporteuren Schwierigkeiten bereiten würde. Weiters legte er nahe, dass ein Wirtschaftsgebiet mit acht Millionen Einwohnern für einen Währungsraum zu klein sei. Alle das klingt verdächtig nach einem Flashback¹ ins Jahr 1998. Wie aus den folgenden Seiten hervorgeht, waren das schon bei der Euroeinführung die Leitvorstellungen der Politiker, die sich fast durch die Bank als falsch herausgestellt haben.

Was Spindeleggers Bemerkung betrifft, die Unternehmen wollten alle den Euro, so hat er in zweierlei Hinsicht Recht: Die Lobbyorganisationen und auch die meisten Großen waren und sind Befürworter einer möglichst "supranational" gestalteten EU mit vielen und starken gemeinschaftlichen Institutionen. Beispielsweise Stahlerzeuger, die von der Europäischen Investitionsbank auf die Schnelle einen günstigen Kredit über 250 Millionen Euro bekommen können."²

Zweitens haben auch der Werkstattbesitzer Maier und seine Nachbarin, die Trafikantin Müller kein Interesse, dass der Euro kollabiert oder der europäische Wirtschaftsraum zerbricht, weil das ihre wirtschaftliche Existenz (und vielleicht sogar ihr physisches Überleben) gefährden würde. Dass ein solches Risiko besteht, haben aber nicht Stronach, Strache oder Bucher zu verantworten, sondern die Spindeleggers, Leitls und Kapsche³ des Kontinents. Diese haben seit eineinhalb Jahrzehnten den Bau eines dysfunktionalen Wirtschafts- und Währungskonstrukts nach Kräften gefördert. Daraus lässt sich aber nicht schließen, dass Maier und Müller irgendwie "für den Euro" wären.

Die folgenden Seiten stellen eine "vorgezogene" und vereinfachte Version eines Kapitels dar, in dem versucht wird, aus einem zeitlichen Abstand von eineinhalb Jahrzehnten Bilanz zu ziehen. Bilanz über die in den 1990ern verwendeten ökonomischen Argumente für den Beitritt zu EU und zum Euro.⁴

¹ Plötzliches, für gewöhnlich kraftvolles Wiedererleben eines vergangenen Erlebnisses oder früherer Gefühlszustände http://de.wikipedia.org/wiki/Flashback_%28Psychologie%29

² Voest bekommt Riesen-Kredit von EIB - Molterer unterzeichnet", APA 395, 30.11.2012

³ Christoph Leitl, Präsident der Wirtschaftskammer, Georg Kapsch, Präsident der Industriellenvereinigung

⁴ Der letzte Abschnitt betrifft kein per se wirtschaftliches Thema, ist aber ein Beispiel dafür, auf welche Art falsche Erwartungen in den Österreichern geweckt wurden.

Ursprünglich war geplant, die Aussagen und Prognosen zum Beitritt selbst und zum Euro getrennt zu betrachten. Das hat sich als nicht praktikabel erwiesen, weil vor der Euro-Einführung alte "Beitritts-Argumente" oft unverändert wieder aufgetaucht sind. Dies gilt beispielsweise für die Voraussage, weitere Integrationsschritte würden mehr Arbeitsplätze entstehen lassen oder mehr Auslandsinvestoren anziehen.

Der zweite Grund, warum eine Trennung der beiden Argumente nicht sinnvoll ist, besteht darin, dass es schon 1994 einen versteckten Diskurs über die Einführung der Gemeinschaftswährung gegeben hat. Die Leute waren sich damals meist bewusst, dass ein "Ecu" eingeführt werden sollte - und das machte ihnen mehr Sorgen als der Regierung lieb war. Für letztere war ein solches Interesse ein Stör- und Risikofaktor für die Abstimmung und so ließ die Regierung ihre Hilfstruppen zu Beschwichtigungseinsätzen ausrücken: der Euro werde so bald nicht kommen, der Zeitplan dafür werde nicht halten, wurde vor der Volksabstimmung beispielsweise beruhigt. Die Stimmbürger trafen mit ihrer Entscheidung zur EU auch keineswegs eine Vorentscheidung über die Teilnahme an der neuen Währung, etc.

Drei Jahre später erklärte die Regierung, Österreich habe sich mit dem Beitritt verpflichtet, die neue Währung zu übernehmen, daher bestehe gar keine Wahl mehr. Aber die Maastricht-Kriterien würden strikt ausgelegt, der Stabilitätspakt garantiere, dass es keine übermäßigen Budgetdefizite mehr geben werde, es bestehe ein hohes Maß an wirtschaftlicher Angleichung im Euroraum und die neue Währung werde wenigstens so stabil wie der Schilling ausfallen.⁵ Sollte Österreich außerhalb des Euro bleiben, werde die österreichische Währung von Spekulanten angegriffen werden und abwerten müssen. Die Zinsen würden steigen. Die Exportbetriebe würden Probleme bekommen in den Binnenmarkt zu liefern.

Von all diesem Gerede ist aus heutiger Sicht nichts übrig geblieben - nicht das Konjunkturargument, nicht die Versprechungen von Budgetdisziplin und Währungsstabilität und auch nicht die Verheißung, dass Österreich im Verhältnis zu seiner Größe überproportional viel mitgestalten werde können.

Natürlich kann hier nicht im naturwissenschaftlichen Sinn argumentiert werden. Mit der Geschichte lassen sich keine wiederholbaren Experimente durchführen. Es ist unmöglich zu wissen, was passiert wäre, wäre das Land nicht der EU beigetreten oder hätte es nicht den Euro übernommen. Aber es gibt eine Art natürliche Kontrollgruppe, an der sich die Voraussagen messen lassen: Europäische Kleinstaaten, die entweder nicht der EU beigetreten sind (Schweiz) oder die die europäische Gemeinschaftswährung nicht übernommen haben (Schweden, Dänemark).

In keinem dieser Fälle sind jene negativen Konsequenzen eingetreten, die Integrationsunwilligen prophezeit worden waren. Das währungspolitische Hauptproblem der Schweizer ist die Stärke ihres Franken und die Entwicklung der ausländischen

⁵ http://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/BR/AB-BR/AB-BR_01340/fnameorig_000000.html

Direktinvestitionen im Nicht-Euroland Schweden wie auch die Integration dortigen Volkswirtschaft in den Binnenmarkt stehen jener Österreichs nicht nach. Auch ihre Staatsfinanzen haben Schweizer und Schweden besser im Griff.

Selbst mit großer Mühe und ebensolchem Wohlwollen lässt sich kaum ein Maß finden, bei dem Euroland in ökonomischen Vergleichen die Nase vorne hat - am ehesten vielleicht noch beim Beschäftigungswachstum. Und selbst das scheint mit einer miserablen Entwicklung der Arbeitsproduktivität erkauft worden zu sein.⁶



Table 3: Macroeconomic Performance Indicators

Item	Unit	Period Average			
		Euro Area		Denmark, Sweden, UK	
		1989-1998	1999-2008	1989-1998	1999-2008
Real GDP	% rate of change	2.2	2.1	2.0	2.7
Real GDP per capita	% rate of change	1.9	1.6	1.7	2.2
Real GDP per capita	index, US = 100	73.0	72.0	74.0	76.0
Employment	% rate of change	0.6	1.3	0.1	0.9
Labor productivity	% rate of change	1.9	0.8	1.9	1.8
Unemployment	% of labor force	9.3	8.3	7.9	5.2
Inflation	%	3.3	2.2	3.4	1.7
Fiscal balance	% of GDP	-4.3	-1.7	-3.6	-0.9
Gross public debt	% of GDP	68.6	68.6	48.7	43.0
Long-term interest rate	%	8.1	4.4	8.6	4.9
Real long-term interest rate	%	4.7	2.4	4.2	3.3

GDP = gross domestic product.

Source: European Commission, OECD.

All das sind Dinge, die nirgendwo breiter publiziert werden, weil sie nicht dem hiesigen Glaubenskanon entsprechen. Es wäre aber verfehlt zu meinen, dass Leute wie Spindelegger und Leitl, die in der Informations-Hackordnung ganz oben stehen und die sich über ein eigenes internationales Netz informieren können, dies nicht wüssten.

Angesichts dessen scheint es seltsam, wenn heute behauptet wird, eine andere Währung als diese wäre für die Unternehmen eine "Katastrophe". Eine solche würde höchstens eintreten, wenn die Geldfunktionen des Euro - als Austauschmedium zu funktionieren und Werte einigermaßen verlässlich speichern zu können - in einer Hyperinflation oder einer Währungsreform untergingen. Das wäre aber eine Katastrophe für die Allgemeinheit und nicht nur für die Exportbetriebe.

Verständlicher werden Spindeleggers Aussagen, wenn man sich vor Augen hält, dass er zu jenen

⁶

<http://www.adbi.org/working-paper/2010/03/15/3637.euro.after.first.decade/the.first.10.years.of.the.euro.succes.yes.panacea.no/> Eigene Hervorhebung

paar Dutzend bis heute "überlebenden" Politikern gehört, die damals bereits in herausgehobenen Positionen tätig waren und die verantwortlich sind, dass dem Land diese Währung, nein: dieses unzweckmäßige System übergestülpt wurde. Die heutige Konstruktion trägt seine persönliche Signatur - ebenso wie jene von z.B. Othmar Karas und Maria Fekter, Heinz Fischer, Ewald Nowotny und Josef Cap. Das ist der wahre Grund, warum für diese das Nachdenken über Alternativen eine "Schnapsidee" ist.

Wachstumsstörungen

Jungen Menschen, die Stress mit ihren Lehrern haben und deshalb die Schule wechseln, wird manchmal geraten, sich wenigstens in der ersten Zeit nach dem Umstieg anzustrengen. "Wenn du einmal gezeigt hast, dass du nicht ganz dumm und faul bist, kannst du einen Gang zurückschalten", lautet der zweite Teil des guten Rats. Aber nicht nur in der Schule gilt: Hat sich ein gutes Image einmal verfestigt, muss viel Schlimmes passieren, ehe die Umgebung beginnt, ihre vorgefasste Meinung zu korrigieren.

Die EG war in ihren Anfängen ein ökonomischer Musterschüler und stand im Ruf, ein Lebenselixier für Wachstum und Beschäftigung zu sein. Dieses Image war ursprünglich auch verdient. Das ist aber lange her.

Die Gründung der EWG durch die Unterzeichnung der sogenannten Römischen Verträge gaben dem damals noch auf sechs Mitglieder beschränkten Klub noch rechtzeitig einen Schub, um den gerade nachlassenden Nachkriegsboom zu verlängern. Der amerikanische Historiker Carroll Quigley schilderte 1966 die ökonomischen Auswirkungen dieser frühen europäischen Integration als "spektakulär", der Widerwillen der Briten, der EWG beizutreten, sei deswegen eine "große Tragödie"⁷

In den 50er-Jahren waren die (späteren) EWG-Staaten um durchschnittlich sechs Prozent und damit doppelt so schnell gewachsen wie die USA oder Großbritannien. Danach, speziell aber seit der ersten Ölkrise ging das Wachstum kontinuierlich zurück, Ende der Achtzigerjahre belief es sich noch auf drei Prozent, manchmal mehr.

In den 1990ern setzte eine prägnante Wachstumsschwäche ein, die sich besonders auf die Länder der Eurozone zu erstreckte und die laufend schlimmer zu werden schien. In den 1990ern war der Euroraum noch um 2,2 Prozent gewachsen und bis 2008 hatte es ausgesehen, als könne dieser Schnitt mit Ach und Krach gehalten werden. Davon kann seit 2008 aber keine Rede mehr sein.

Diese Entwicklung steht in eklatantem Gegensatz zu den Erwartungen, die vor Beitritt und Euroeinführung geschürt worden sind. Das wird heute auch von jenen Experten zugegeben, die

⁷ Quigley, Tragedy and Hope, S. 1070

damals so optimistisch waren: "(...) fiel der erwartete Wachstumsbonus bisher aus. Das Wirtschaftswachstum war im Euro-Raum verhaltener als in den Ländern, die nicht dem Euro-Währungsgebiet angehören."⁸

Der Chor der Integrationsbefürworter hatte sich aber lange ganz anders angehört. So als ginge es um die Integration in einen wirtschaftlichen Turbomotor und als wäre wirtschaftliche Stagnation zwangsläufige Folge des "Draußenbleibens". Die Politiker stellten für den Fall des Beitritts "kräftige Wohlfahrtsgewinne" in Aussicht⁹. Im gegenteiligen Fall, sagten Experten, könne das Land "nur durch Abwertungen oder Lohnkürzungen international wettbewerbsfähig bleiben"¹⁰. Auslandsinvestoren würden dann einen großen Bogen um Österreich machen. "89,5 Prozent aller ausländischen Direktinvestitionen in Europa gehen in EU-Länder (...) Nicht-EU-Länder wurden bisher meistens nicht einmal in die engere Länderauswahl einbezogen."¹¹

Allein die Bundeshauptstadt werde pro Jahr eine Milliarde Schilling Auslandsinvestitionen verlieren.¹² Eine solches Schicksal habe die Schweiz bereits ereilt, deren Wahlbürger eineinhalb Jahre vorher Nein zum europäischen Währungsraum gesagt hatten: die Auslandsinvestitionen hätten sich dort halbiert.¹³

Das Wachstum werde ohne EU um 20 Prozent geringer ausfallen und es würden 66.000 weniger Jobs entstehen. Die Geldentwertung wäre höher und die Reallöhne würden um 2,5 Prozent zurückbleiben.¹⁴ Allein bei Siemens Österreich sei ein Drittel des Umsatzvolumens gefährdet, 8000 Jobs stünden auf dem Spiel. Das Bauvolumen werde ohne EU drastisch sinken.¹⁵

Und auch drei, vier Jahre später, als es darum ging, der Gemeinschaftswährung beizutreten, stimmten die Vorbeter aus Politik und Interessensorganisationen zunächst die gleiche Litanei an: "Der Euro sichert und schafft neue Arbeitsplätze"¹⁶, "Der Euro sichert Arbeitsplätze (...) Bei Nichtteilnahme an der Wirtschafts- und Währungsunion droht ein drittes Sparpaket"¹⁷

Doch die Gelehrten fingen erst nach langem Zögern an, mit zu ratschen - wegen der Erfahrungen seit dem Beitritt aber auch nur halblaut. Manche bewegten bloß die Lippen, damit man ihnen nicht vorwerfen konnte, sie würden ja gar nicht mitbeten. "Einer Studie des Wirtschaftsforschungsinstituts (Wifo) zufolge werden durch die positiven Effekte, die eine

⁸ Fritz Breuss, WIFO-Monatsbericht 1/2009

⁹ APA 354, 2.3.1994

¹⁰ Presse, 27.4.1994

¹¹ APA 268, 18.5.1994

¹² Presse 4.6.1994

¹³ APA 108, 1.6.1994

¹⁴ Standard 30.4.1994

¹⁵ Kurier 12.5.1994

¹⁶ Krone, 20.5.1997

¹⁷ Presse, 30.4.1997

Euro-Einführung mit sich bringt, in Österreich etwa 20.000 Arbeitsplätze entstehen. In den letzten Jahren habe es aber aufgrund des Sparpakets einen Nachfrageausfall gegeben, was der Studie zufolge ebenso viele Arbeitsplätze gekostet hätte. Unterm Strich würde sich bei der Beschäftigung daher nicht wesentlich viel verändern."¹⁸

Andere hielten sich so demonstrativ zurück, dass es schon an Sabotage grenzte: "Der Euro macht die Wirtschaft vielleicht gesünder, aber er schafft mit Sicherheit nicht mehr Arbeitsplätze. Behauptungen in diese Richtung sind eine reine Lüge."¹⁹

Ab was konnte man als einfacher Politiker schon dagegen machen? Die durchschnittliche Arbeitslosigkeit war nach dem EU-Beitritt von 216.000 auf 233.000 Personen gewachsen²⁰ und was war ein sogenanntes Faktum. Besser, man verlegte den Schwerpunkt seiner Argumentation auf die Behauptung, ein künftiger Schilling würde gegen den Euro abstinken und die Ersparnisse der Österreicher mit sich nehmen.

Das Vorbild für Angstkampagnen dieser Art war in der Schweiz zu finden, wo Ende 1992 über den EWR abgestimmt worden war. Die Eidgenössische EU-Fraktion bemühte schon damals das TINA-Prinzip²¹, das in der EU-Krise nach 2010 zu zweifelhafter Berühmtheit gelangt ist.

Das hörte sich dort ungefähr so an: Ohne Beitritt sei der Wirtschaftsstandort Schweiz nicht mehr konkurrenzfähig, denn die Exportbetriebe und Banken würden aus dem EU-Markt ausgeschlossen werden. Die Arbeitslosigkeit werde um 100.000 Personen steigen und jeder fünfte Schweizer drohe arbeitslos zu werden. Die Neuinvestitionen in der Eidgenossenschaft würden zurückgehen, denn die Schweizer Großunternehmen würden lieber in EWR-Ländern investieren. Ein Politiker sagte sogar voraus: "Nach fünf Jahren Alleingang würden wir aus wirtschaftlichen Gründen die EG auf den Knien bitten, uns um jeden Preis als Mitglied aufzunehmen."²²

Inzwischen sind 20 Jahre vergangen und die Schweiz führt wie damals die internationalen Rankings in Sachen Wettbewerbsfähigkeit an. Obwohl sie über zwei im Verhältnis zu ihrer Größe überdimensionierte Banken beherbergt, hat sie bisher die Finanzkrise besser bewältigt als Euroland. Konjunkturell ist die zumindest nicht schlechter unterwegs als vergleichbare Länder in der Union. Zieht man in Betracht, dass sie das Staatsbudget, das ihr damals zu entgleiten drohte, in den Griff bekommen hat, muss man ihr eine bessere Performance als den Euroländern attestieren.

Die folgende Tabelle zeigt, dass sich das reale Einkommen in der Schweiz langfristig etwas besser als in Österreich und etwas schlechter als in Finnland entwickelt hat.

¹⁸ Presse 16.5.1998

¹⁹ Kleine Zeitung 29.11.1998

²⁰ Kleine Zeitung 5.2.1998

²¹ "There Is No Alternative"

²² Die Aktion für eine Unabhängige und Neutrale Schweiz AUNS hat auf ihrer Website die Highlights der damaligen Vorhersagen dokumentiert: http://www.auns.ch/download/ewr_argumente.pdf

BIP pro Kopf, kaufkraftbereinigt²³

	1995	2011	+/- %
Finnland	15.800	28.800	+ 82,3
Schweden	18.300	31.800	+ 73,8
Schweiz	22.900	39.600	+ 72,9
Österreich	19.700	32.400	+ 64,5

Bei einem Vergleich der Arbeitslosenquoten schneidet Österreich etwas besser ab als die Schweiz. Die österreichischen Arbeitslosen-Zahlen sind - zusammen mit jenen Deutschlands bis jetzt die "weißen Raben" der Eurozone. Das ist aber auch darauf zurückzuführen, dass immer mehr Personen Teilzeit arbeiten, hauptsächlich Frauen. Von 1995 bis heute sind 550.000 neue Teilzeitjobs entstanden.

Im Großen und Ganzen ist es aber sowohl Österreich als auch der Schweiz gelungen, Massenarbeitslosigkeit zu vermeiden. Am relativ besten schnitten die skandinavischen Beitrittsländer ab, die anfangs noch in tiefen Wirtschaftskrisen steckten.

Arbeitslosenquoten in %²⁴

	1995	2012	+/- %
Finnland	17,2	7,8	- 54,7
Schweden	9,0	8,1	- 10
Österreich	4,4	4,4	+/- 0
Schweiz	3,8	4,3	+ 13,1

Auch die Entwicklung der Auslandsinvestitionen hat nicht unbedingt etwas mit dem Grad der EU-Integration zu tun. Das größte Wachstum hatte das Nicht-Euroland Schweden. Finnland hat - ausgehend von einem tiefen Niveau - auch ordentlich zugelegt. Etwas weniger stark gewachsen sind sie in der Schweiz und Österreich - wobei die Schweiz schon zu Beginn der 1990er ziemlich internationalisiert war.

Die Daten stammen von der Welthandels- und Entwicklungskonferenz (UNCTAD), einer eigentlich auf Entwicklungsländer spezialisierten UNO-Organisation. Es handelt sich um den (kumulativen) Bestand an ausländischen Direktinvestitionen, ausgedrückt als Prozentsatz am Bruttoinlandsprodukt.

²³ Quelle: Eurostat, Angaben in Euro

²⁴ Quelle: Eurostat; der erste Schweizer Wert stammt aus dem Jahr 1996

	1992	2011	+/- %
Schweden	5,26	63,41	+ 1.105
Finnland	3,35	31,06	+ 827
Schweiz	13,06	90,62	+ 594
Österreich	6,24	25,56	+ 470

Arme Budget-Sünder

Mit dem Vertrag von Maastricht war die Erwartung von einer höheren Budgetdisziplin und sogar dem Abbau der Staatsschulden verbunden. Der Währungswechsel sollte auch ein Ende der Defizit- und Schuldenwirtschaft bringen. Der Sparkurs aber rief Widerstände bei jenen hervor, die bei den Ausgabekürzungen oder Steuererhöhungen zum Handkuss kamen.

Um den Unmut nicht allzusehr auf "Europa" zu lenken sagten die Regierungen dass man unabhängig von Maastricht das Budget sanieren müsse. Das verstanden zumindest jene, denen der Hausverstand sagte, dass auch Staaten nicht mehr ausgeben als einnehmen konnten, jedenfalls nicht auf Dauer.

Schwieriger zu erklären war, dass die Mehrzahl der Euro-Kandidaten ein Kriterium nicht erfüllte, auf das man sich in Maastricht verständigt hatte. Es handelte sich um die Staatsschulden, die nicht mehr als 60 Prozent ausmachen sollten.²⁵

Länder wie Italien steckten so tief in der Kreide, dass der öffentliche Anschein selbst mit "kreativer Statistik" kaum verbessert werden konnte. Es musste ausreichen, zu erklären, dass sich auch diese "auf einem gutem Weg" befänden.

Wie 2010/11 konnten die Politiker aber nur handeln, nachdem "unabhängige" Institutionen einen Persilschein ausgestellt hatten. In Griechenland erfüllte eine "Troika" aus Kommission, EZB und IWF diese Funktion. Erst auf der damit geschaffenen Rechtsbasis konnten die nationalen Politiker ohne Gefahr für sich selbst eine weitere Kreditrate an einen bankrotten Staat auszahlen.²⁶

1998 verteilte die Unbedenklichkeitsbescheinigungen noch ein rein europäisches Zweigespann. Auf dem Gruppenbild fehlte noch der Währungsfonds.

Beim Budget mussten Kommission und EZB keine Freibriefe ausstellen, weil nur ein Staat im ersten Anlauf offen am Defizitkriterium gescheitert war, Griechenland. Alle anderen hatten die Hürde mit Bravour die Hürde gemeistert, wie die von denselben Staaten bezahlten Statistikbeamten "nachgewiesen" hatten. Die Regierungen waren ja auch redlich bemüht

²⁵ Maßzahl ist die Verschuldung des Gesamtstaats (inklusive Länder und Gemeinden), ausgedrückt als Prozentsatz am Bruttoinlandsprodukt

²⁶ Siehe Kapitel Ein Rettungsdesaster

gewesen, beim Verschern von öffentlichem Eigentum und der Budgetkosmetik. Die Finanzminister konnten mit Fug und Recht von sich behaupten: Nichts wurde unversucht gelassen.²⁷

Aber der Schuldenstand blieb ein Problem. Wem immer 1992 das 60 Prozent-Kriterium einfallen war, hatte sich an "Europa" versündigt. Denn einen schnellen Abbau von 120 auf 60 Prozent würde selbst der blauäugigste Hinterwäldler dem seriösesten Staatsstatistiker nicht abnehmen.

Daher verfassten Zentralbank und Kommission "Konvergenzberichte", in denen sie zu Protokoll gaben, dass die Verschuldung ein "hinreichend hohes Tempo der Rückläufigkeit" aufweise und begründeten damit, dass der betreffende Staat in den Euro aufgenommen werden könne.

Zum Beispiel Italien. Wie in Österreich hatten Privatisierungen dort einen kurzfristigen Schuldenrückgang ausgelöst - eine Entwicklung, die die Regierung in Rom in einer "mittelfristigen fiskalpolitischen Strategie" linear fortschrieb. Die Zentralbanker nahmen den Ball dankbar auf und rechneten mit ernster Miene in Szenarien durch, ob nun 2007 oder 2015 die 60-Prozentschwelle erreicht werden würde.²⁸ Heute liegt das Land wieder auf einem Ausgangsniveau von 123 Prozent - trotz beispiellos niedriger Zinsen und einer bemerkenswerten Budgetdisziplin ("laufend Primärüberschüsse").

Das wesentlich weniger stark verschuldete Österreich verfehlte den Zielwert 1997 nur knapp. Der Finanzminister lobte im Nationalrat die von "besonderer Detailtiefe und Genauigkeit" geprägten Konvergenzberichte des EWI und versicherte, dass die österreichischen Schulden auch weiter zurückgehen würden. Daher könne auch dieses Kriterium "als erfüllt betrachtet werden".

Schüssel und Grasser konnten die Verschuldung ein paar Jahre später an die 60 Prozent-Marke drücken - seit der Krise befindet sich der Wert aber wieder außer Reichweite. Ende 2012 belief sich der Schuldenstand auf 73,4 Prozent.

Die folgende Tabelle zeigt, wie sich die beiden wichtigsten Maastricht-Kriterien, Staatsdefizit und Schulden, auf lange Sicht entwickelt haben:

²⁷ Siehe Kapitel Budgettricks und Goldverkäufe

²⁸ EWI, Konvergenzberichte, März 1998, S. 165

Schulden/Defizit (nach Maastricht)²⁹
in % BIP

	Bruttoschulden 1999	Budget 1999	Bruttoschulden 2011	Budget 2011
Euroraum (EA 17)	71,7	-1,5	87,3	-4,1
Österreich	66,8	-2,3	72,4	-2,5
Italien	113,0	-1,9	120,7	-3,9
Finnland	45,7	+1,7	49,0	-0,6

Eigentlich hätten sich ja Budget und Staatsfinanzen jener Länder, die keine Rücksicht auf eine entstehende gemeinsame Währung nehmen mussten, schlechter entwickeln müssen - sollte man meinen.

Schulden/Defizit (nach Maastricht)³⁰
In % des BIP

	Bruttoschulden 1999	Budget 1999	Bruttoschulden 2011	Budget 2011
Schweden	64,3	0,9	38,4	0,4
Dänemark	58,1	+1,3	46,6	-1,8
Schweiz	54	-1,4	48,6	0,4
Norwegen	29,2	+ 13,5	29,0	+13,6
Großbritannien	43,7	0,9	85,0	-7,8

Die Zahlen zeigen aber, dass die Erwartung, Nicht-Euroländer würden eine geringere Budgetdisziplin aufweisen, falsch gewesen ist. Das Gegenteil traf ein. Ausnahme ist auch hier Großbritannien.

Die Eurostaaten haben dagegen die (relativ) guten Zeiten nur im Ausnahmefall zur Verbesserung ihrer Staatsfinanzen genutzt. Als 2008 die Krise einsetzte, fanden sie sich schnell auf "Feld 1" wieder. Von 2005 bis 2008 haben die 27 Staaten der Union das Defizitkriterium 26 Mal gebrochen, zwischen 2009 und 2012 war das 75 Mal der Fall.³¹

Abwertungsverdacht

Die künftige europäische Währung stand zwar nicht im Mittelpunkt der österreichischen Beitrittsdebatten 1994 und auch vor der endgültigen Weichenstellung 1997/98 lief die Diskussion darüber gedämpft ab. Doch wie ein unter die Oberfläche gedrückter Wasserball

²⁹ Quelle: Eurostat

³⁰ Quellen: Eurostat, IWF (Schweiz); Früheste Zahlen aus Norwegen aus 2001

³¹ APA 187, 29.3.2013

kam das Thema bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit hochgeschossen. Die Ängste um Einkommen, Währung und Geldwert bewegten die Gemüter mehr als viele andere heiße Themen.³²

Eine Mehrheit fürchtete, dass das neue Geld nicht an die Stabilität der früheren nationalen Währung herankommen würde. Sowohl Deutschland als auch Österreich hatten im 20. Jahrhundert Hyperinflationen erlebt und viele Bürger fürchteten eine erneute Staatsfinanzierung über die Notenbank.

Vor der Volksabstimmung ließ die österreichische Regierung der glaubwürdigeren Nationalbank-Präsidentin den Vortritt - offensichtlich hatte man hier so etwas wie eine Arbeitsteilung verabredet: Die Währung macht die Maria Schaumayer, den Rest machen wir. Ausnahme war jenes Kapitel in den Beitrittsverhandlungen, das sich mit der kommenden Währungsunion beschäftigte. An dieses Kapitel 23 ließ Wien eine einseitige Erklärung anhängen, in der es beteuerte, den "Beginn der dritten Stufe zur Wirtschafts- und Währungsunion nur zu ermöglichen, wenn eine ausreichende Anzahl von Mitgliedsländern **die strengen Eintrittsbedingungen (Konvergenzkriterien) erfüllt**".³³

Die Schaumayer ließ verlauten, dass Österreich den Schilling nur "aufgeben (werde), wenn die anderen Teilnehmer an der Währungsunion die gleiche Stabilitätspolitik verfolgten wie derzeit Österreich (...)" Die Bedingungen für eine Aufgabe des Schilling seien "jedenfalls so streng, daß ein Verlust der Kaufkraft mit Einführung einer Ersatzwährung ausgeschlossen sei."³⁴ In jedem Fall würden die Kriterien Vorrang vor politischen Erwägungen und irgendwelchen Zeitplänen haben, beteuerte die Nationalbank. Keines der Hartwährungsländer werde sich dazu hergeben, der dritten Stufe der Währungsunion leichtfertig zustimmen: "Ich kann mir nicht vorstellen, daß Griechenland und Portugal bei der ersten Partie dabei sind".³⁵

Was Nationalbanker offiziell unmöglich von sich geben konnten, durfte der "Boulevard", der in dieser Schlacht Schulter an Schulter mit der Regierung kämpfte: "Kanzler Kohl sprach Machtwort: Hartwährungskurs der D-Mark hat Vorrang vor ECU", klotzte die Kronen Zeitung ein paar Tage vor der Abstimmung. "EU-Geld storniert, Schilling bleibt"³⁶ Nicht erst bei der Materialschlacht in den letzten Wochen vor der Abstimmung zeigte sich, wie praktisch eine so riesige Medienorgel war, wenn es darum ging, den Leuten Flöhe³⁷ ins Ohr zu setzen: Peng, und die europäische Gemeinschaftswährung war tot! Wen kümmerte es später schon, was eine Zeitung zwei Wochen davor geschrieben hatte?

Auch wenn man aus guten Gründen nicht so weit gehen konnte - auch in der Notenbank gab

³² Dem Geld gilt die größte Angst, Presse, 17.5.1994

³³ Eigene Hervorhebung

³⁴ APA 186, 7.4.1994

³⁵ OeNB-Direktor Thomas Lachs, "Kurier, 12.5.1994

³⁶ Krone, 9.6.1994

³⁷ Die Krone brachte damals auch in Umlauf, womit die Politiker so plump nicht drohen wollten: "EU-Nein bedroht Urlaubs- und Weihnachtsgeld der Österreicher", 10.6.1994

man sich damals sicher, dass das Europa-Geld noch lange nicht kommen werde, jedenfalls "nicht in diesem Millennium": "Ich bin überzeugt, wir werden die Feuerwerke der Jahrtausendwende noch in Schilling bezahlen."³⁸

Aber eigentlich ging es ja noch gar nicht um die Währungsfrage: "Schaumayer: Schilling bleibt bei EU-Beitritt erhalten"³⁹ Eine Vorentscheidung über den Eurobeitritt werde bei der Abstimmung im Juni keine getroffen, beteuerte die Schaumayer mehrfach: "Der Übergang aus der zweiten Stufe geschehe nicht automatisch (...) Jedem einzelnen Mitgliedsstaat (...) werde es freistehen, selbst über einen Eintritt in die dritte WWU-Stufe mit ihren unwiderruflich festgelegten Wechselkursparitäten zu entscheiden, auch wenn die davor nötigen Beschlüsse auf Ebene der EU und der europäischen Notenbanken bereits erfolgt seien."⁴⁰

Drei Jahre später galt das Gegenteil des "gesprochenen Worts": Die neue Währung kam doch noch "in diesem Jahrtausend", die Maastrichtkriterien wurden nicht streng, sondern flexibel interpretiert und die Politiker sagten, Österreich habe sich bereits vertraglich verpflichtet, der neuen Währung beizutreten.⁴¹

Als im Parlament die Übernahme der Gemeinschaftswährung diskutiert wurde, waren sich die großen Fraktionen einig, dass bei einem Verzicht auf den Beitritt der Außenwert des Schilling drastisch sinken und dass dies zu Inflation und höhere Zinsen führen werde. In der Regierungskoalition waren buchstäblich alle dieser Meinung - vom Wirtschaftsprofessor bis zum ökonomischen Analphabeten.⁴²

Bei Populisten aller Schattierungen überaus beliebt waren schon damals die Finanzhaie, die ein paar Jahre vorher den Wechselkursmechanismus zerstört hatten. "Jeder, der gegen den Euro polemisiert, steht im Sold des internationalen Spekulantentums", sagte ÖVP-Schüssel und meinte Haider damit.⁴³ Woher das Spekulantentum seine wichtigste Waffe - den unbeschränkten Kredit - nahm, ließ er unerörtert.

Auch der spätere sozialdemokratische Kanzler Alfred Gusenbauer wusste genau, was bei Beibehaltung des Schilling auf die Alpenrepublik zukommen würde: "Österreich wird zum Objekt von Spekulationen, ist ein erster Abwertungskandidat, es kommt zu steigenden Zinsen in Österreich, zu Inflation und Arbeitsplatzverlusten."⁴⁴

Besonders listig fiel die Argumentation der damaligen ÖVP-Generalsekretärin aus, die analysierte, dass die FPÖ eine "Weichwährungsstrategie" verfolge, eine

³⁸ APA 402, 3.5.1994

³⁹ APA 186, 7.4.1994

⁴⁰ Schaumayer: Kein Zwang zu einheitlicher EU-Währung, APA 107, 27.5.1994

⁴¹ Siehe Kapitel Eine nicht notwendige Volksabstimmung

⁴² Ergänzend wurde der zu erwartende Wegfall von Transaktionskosten im Umfang zwischen 12 und 24 Mrd. S genannt. Spätere Studien legen nahe, dass die diesbezüglichen Erwartungen übertrieben waren.

⁴³ Kurier, 25.8.1997

⁴⁴ http://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XX/NRSITZ/NRSITZ_00053/SEITE_0131.html

"arbeitsmarktfeindliche" noch dazu.⁴⁵ Auch die Arbeitgeber hatten Angst vor einer Weichwährung - aber vor der von potenziellen Konkurrenten⁴⁶

Es gibt keine nicht geschehene Geschichte und deswegen lassen sich diese Kassandrarufer nur an jenen Währungen und Volkswirtschaften überprüfen, die selbstständig geblieben sind: Am Schweizer Franken, der dänischen, schwedischen und norwegischen Krone und am britischen Pfund. Die beiden letzteren sind aus unterschiedlichen Gründen für einen solchen Vergleich nicht wirklich gut geeignet.

Zuerst eine Tabelle, die die langfristige Entwicklung einzelner Währungen gegenüber dem Euro zeigt:

Währungsparitäten⁴⁷
1 Euro =

	1999	2012	Auf-/Abwertung Euro in %
Schweizer Franken	1,6	1,2	- 24,8
Schwedische Krone	8,6	8,6	+/-0
Dänische Krone	7,4	7,4	+/-0
Norwegische Krone	8,1	7,3	- 9,0
Britisches Pfund	0,62	0,82	+ 31,3
US-Dollar	1,0	1,32	+ 31,3

Sieht man vom Pfund ab, das eine bewusste Abwertungsstrategie verfolgt, lässt sich sagen: Die Theorie, dass Nicht-Eurowährungen unter Druck geraten würden, war aus mehreren Gründen falsch.

Die beiden nordischen EU-Währungen sind über Zentralbankmechanismen mit dem Euro verbunden, die Schwankungen verhindert haben. Die dänische Krone unterliegt offiziell dem europäischen Wechselkursmechanismus II⁴⁸. Die Schweden sind nur inoffiziell angebunden, weil sie nicht Mitglied des WK II sind. Beide Seiten sind offenkundig daran interessiert, die Wechselkurse stabil zu halten. Die Zentralbanken in Kopenhagen und Stockholm haben jedenfalls definitiv kein Interesse daran, ihre Exportindustrien durch eine (zu starke)

⁴⁵ OTS 096, 1.9.1997

⁴⁶ "Die künftige Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) wird die Wettbewerbssituation der heimischen Industrie entscheidend verbessern - dies aber nur, wenn von Anfang an möglichst viele der hochindustrialisierten EU-Mitgliedsstaaten der Zone mit dem 'Euro' angehören werden und auch die "Outs" zur Vermeidung komparativer Währungsabwertungen in einen EU-Stabilitätspakt eingebunden werden." APA 230, 28.8.1996

⁴⁷ Quelle: Eurostat

⁴⁸ http://de.wikipedia.org/wiki/D%C3%A4nische_Krone

Aufwertung zu schädigen.

Interessanter sind die Schweizer. Die Eidgenossen haben (hatten) ein echtes Währungsproblem - aber das genaue Gegenteil von jenem, das die österreichischen Politiker vorausgesagt haben.

Der Franken wertete nicht ab, sondern auf, erst langsam, ab etwa 2010 stark. Im Sommer 2011 erreichte er kurzfristig die Parität mit dem Euro und die Schweizerische Nationalbank musste einschreiten, um eine weitere Aufwertung zu verhindern. Sie band den Franken an den Euro und tat kund, sie werde die Grenze von 1,20 gegen jede weitere Aufwertungsstendenz verteidigen. Der Euroraum ist der bei weitem größte Auslandsmarkt der Eidgenossen und ein noch stärkerer Franken hätte deren Exportwirtschaft wohl in arge Bedrängnis gebracht.

Die SNB hält diesen "Peg" bis heute erfolgreich durch und demonstriert damit, wie mächtig selbst die Zentralbank einer kleinen Nation ist solange sie ungehindert "Geld" erzeugen kann; sie zeigt auch, dass die Möglichkeiten der gefürchteten Währungsspekulanten durchaus begrenzt sind. Die aus der obigen Tabelle hervorgehende Verteuerung des Frankens ist insofern unvollständig, als die Schweizer Währung schon nach dem Nein zum EWR um etwa ein Drittel gegenüber der DM aufgewertet hat (von 90 auf 121 Mark für 100 Franken).

Jene österreichischen Politiker, die 1997 Abwertungen und Spekulationsattacken in den Raum gestellt haben, können sich damit trösten, dass die Prognosen ihrer Schweizer Kollegen auch nicht treffsicherer ausgefallen sind. Vor der EWR-Abstimmung hatten EU-freundliche Unternehmer, Experten und Politiker dem Franken eine böse Zukunft vorausgesagt. "Sollten Volk und Stände den Europäern am 6. Dezember 92 also eine Absage erteilen, seien die Konsequenzen auf den Geldmärkten fürchterlich: Die Zinsen würden noch schneller in die Höhe schnellen."⁴⁹

Die schon damals niedrigen Schweizer Staatszinsen kann man heute nicht einmal mehr als geringfügig bezeichnen - Folge der Niedrigzinspolitik auf internationaler Ebene und des Rufs des Schweizer Franken als besonders sichere Währung. Die Zehnjahres-Anleihen bringen nur die Hälfte der Zinsen der deutschen "Bunds". Die Anleger, die für 0,8 Prozent zehn Jahre laufende Franken-Anleihen kaufen, sind aber weder dumm noch haben sie die Abwertungspolitik der SNB übersehen - sie haben nur eine solche Angst um ihr Geld, dass ihnen selbst die deutschen Bonds kein Vertrauen mehr einflößen. In der Schweiz, glauben sie, kann ihrem Kapital nichts passieren.

Exkurs: Verniedlichte Geldentwertung

Die EZB kann nicht wirklich den Anspruch erheben, dass der "Außenwert" des Euro stabil

⁴⁹ Weltwoche 29.4.1993, zitiert nach AUNS

geblieben ist.⁵⁰ Sie konzentriert sich daher lieber auf die Argumentation, dass dessen innerer Wert vergleichsweise stabil geblieben sei.

Die Zentralbank behauptet, dass die Geldentwertung seit 1999 geringer ausgefallen sei als bei den nationalen Vorgängerwährungen. Das langfristige "Inflationsziel" der EZB⁵¹ sei sozusagen auf Punkt und Beistrich eingehalten worden.

Die offiziellen Inflationsraten sind in der ganzen Eurozone überall etwas unterschiedlich. Für die Alpenrepublik erklärt die Oesterreichische Nationalbank⁵²: "Österreich verzeichnete seit 1999 mit einer jährlichen durchschnittlichen Inflationsrate von 1,9 Prozent einen niedrigeren Wert als zu Zeiten der Schilling-Währung. Neben Deutschland und Frankreich gehört Österreich zu den preisstabilsten Ländern im Euroraum."

Dieser Satz sei teilweise außer Streit gestellt. Österreich gehört sicherlich zu den "preisstabileren" Ländern in der Eurozone und der Index, mit dem die "Inflation" gemessen wird, mag um durchschnittlich 1,9 Prozent pro Jahr gestiegen sein. Es ist anzunehmen, dass man in der Tintenbug am Otto Wagner-Platz⁵³ richtig addiert und dividiert hat.

Das bedeutet aber nicht unbedingt, dass die Teuerung, die der Euro erlebt hat, wirklich geringer war als jene des Schilling und nicht, dass der Verbraucherpreisindex von unparteiischen Schiedsrichtern ermittelt und die wirkliche Geldentwertung richtig widerspiegeln würde.

Was der Begriff Inflation bedeutet und wie diese gemessen wird, hängt von der Denkschule derjenigen ab, die ihn verwenden. Während die einen darin die Preissteigerung von Gütern des täglichen Bedarfs sehen, bedeutet er z.B. für die sogenannte Wiener Schule die Ausweitung der (ungedeckten) Geldmenge. Inflation macht sich für diese nicht nur in steigenden Lebensmittelpreisen, sondern auch in Kreditblasen auf den Aktien- und Immobilienmärkten bemerkbar.

Die Anhänger dieser Denkrichtung messen die Inflation eher in der Ausweitung von Geld- bzw. Kreditmengen wie z.B. wie dem "True Money Supply" (TMS)⁵⁴ oder dem "Austrian Money Supply" (AMS). Diese Leute sind meistens Amerikaner und werden nur deswegen österreichische Ökonomen genannt, weil die Begründer dieser Lehre von hier abstammen (Carl Menger, Ludwig von Mises, Friedrich August Hayek).

Die Inflationsrate nach dem heute gängigen Verständnis wird dagegen mit Hilfe einer Auswahl von mehreren hundert Gütern und Dienstleistungen gewonnen, die sich alle paar Jahre ändert.

⁵⁰ Für einen Euro bekam man Ende 2009 1,5 Dollar, ein halbes Jahr später nur mehr 1,2 und im Jahr drauf 1,4 Dollar. Eine starre, unveränderliche Währung ist freilich gar kein erstrebenswertes Ziel!

⁵¹ Steigerung des "Harmonisierten Verbraucherpreisindex"/HVPI um jährlich zwei Prozent

⁵² Die europäischen Zentralbanken sind der interessante Fall von "Muttertöchtern". Der Theorie nach sind sie die Mütter der EZB, praktisch aber die Töchter.

⁵³ Sitz der Nationalbank

⁵⁴ <http://mises.org/content/nofed/chart.aspx>

Mit der Erstellung und Verwaltung dieses Index sind die staatlichen Statistikämter betraut.

Im Mittelpunkt dieser Form der Inflationsmessung stehen staatlich errechnete (Verbraucher-)Preisindizes, die es "in allen Formen und Farben gibt". Die für die Inflationsmessung wichtigste Maßzahl ist der allgemeine Verbraucherpreisindex (VPI), von dem auch eine europäische Standardausführung (HVPI) existiert.

Der VPI und seine "Schwestern" werden von der Statistik Austria (früher: Statistisches Zentralamt) errechnet. Diese Indizes werden in Tausenden Fällen verwendet - von den Lohnverhandlungen über die Berechnung von Sozialleistungen bis hin zur Festsetzung der gesetzlich regulierten Mieten.

Die VPI-Berechnungen beruhen auf einem "Warenkorb", in dem gegenwärtig 791 Güter und Dienstleistungen erfasst sind. Sie sollen den Konsum einer durchschnittlichen Familie repräsentieren. Das statistische Gewicht dieser Konsumgüter wird von den Spezialisten der Behörde bis zur fünften Stelle hinter dem Komma gewichtet. Von Tiefkühlpizza und E-Cardgebühr bis hin zu Tretautos und Ganzkörperpflegecremen ist im Warenkorb alles enthalten und gewichtet, was "der Mensch" so braucht.⁵⁵

Die Zusammensetzung erfolgt gemäß Konsumumfragen, aber niemand von außerhalb kann auch nur annähernd beurteilen, ob die Gewichtung der Verbrauchsausgaben stimmt und ob die Veränderungen des Warenkorbs, die alle 5 Jahre vorgenommen wird, den tatsächlichen Konsumveränderungen entsprechen. Niemand kann sagen, ob die erhobenen Preise den wirklichen entsprechen. Dazu kommt, dass eingestandenermaßen an den Preisen mancher Produkte herumgedoktert wird, um den technologischen Fortschritt abbilden zu können ("Qualitätsanpassung/hedonischer Preis"). Das gilt für heutige Produkte, die sich nicht mehr so einfach mit jenen vergleichen lassen, die man vor ein paar Jahren bekommen hätte.⁵⁶

So kann ein neuer Computer zwar teurer sein als jener, den man vor fünf Jahren gekauft hat, gleichzeitig ist er aber um so vieles schneller und mit zusätzlichen Funktionen ausgestattet, dass sein Preis für die Statistik gefallen ist und im Warenkorb dafür sorgt, dass die gesamte Teuerung weniger hoch ausfällt. Es ist offensichtlich, dass diese Art von Berechnung zur Beeinflussung der Inflationsraten beitragen kann und es ist auch sehr wahrscheinlich, dass dies nicht der "einzige Trick in der Zauberkiste" ist. Dass diese Indizes bewusst manipuliert werden, ist nicht zu beweisen, dass sie aber nicht das messen, was sie vorgeben sagt die "Empirie des Alltags".

In den USA hat sich ein Institut darauf spezialisiert, dem staatlichen Statistikbüro Konkurrenz zu machen und einen alternativen Inflationsindex zu errechnen. Man ist dort der Meinung, dass "die methodischen Veränderungen der Regierung die berichtete Inflation verkleinert und das Konzept des Verbraucherpreisindex dahingehend verändert haben, dass es kein Maßstab für

⁵⁵http://www.statistik.at/web_de/statistiken/preise/verbraucherpreisindex_vpi_hvpi/warenkorb_und_gewichtung/index.html

⁵⁶ http://www.statistik.at/web_de/statistiken/preise/verbraucherpreisindex_vpi_hvpi/faqs/index.html

die Lebenshaltungskosten (...) mehr ist."⁵⁷

Shadowstats macht die Veränderungen bei den Berechnungsmethoden nicht mit und misst mit dem gleichen Maßstab, den die US-Regierung beispielsweise 1990 verwendet hat ("SGS Alternate 1990 based"). Das Resultat ist, dass die so gemessene Inflation doppelt so hoch ausfällt wie bei den offiziellen Zahlen (zuletzt gut vier statt zwei Prozent). Mit der 1980 verwendeten Methodologie liegt die Teuerung sogar um jährlich sechs bis sieben Prozent höher als die heutigen offiziellen US-Zahlen.

Etwas Vergleichbares gibt es auf dieser Seite des Atlantiks nicht, aber es besteht kein Grund anzunehmen, dass die Teuerungs-Statistik in Europa glaubwürdiger ist als die der USA. Dazu kommt, dass die Euro-Geldmengen während des vergangenen Jahrzehnts eher stärker gewachsen sind als in den USA. Weiters hat sich die neue europäische Währung außerhalb der Eurozone nicht so stark verbreitet wie dies seine Schöpfer gehofft hatten. Es gibt eine Reihe von Indizien dafür, dass die echte Teuerung, der die Konsumenten in Europa ausgesetzt sind, mit der echten Teuerung in den USA vergleichbar ist.

Hausfrauen, die regelmäßig einkaufen gehen, Mieter, die monatliche Zahlungen leisten und Autofahrer, die regelmäßig tanken müssen, hegen keinen Zweifel daran, dass es eine Diskrepanz zwischen den offiziellen Inflationsraten und der wirklichen Geldentwertung gibt. "Der Euro ist ein Teuro", sagen sie.

Ihr bildet euch das ein, kontern die Regierungsstatistiker. Die Preise für kurzfristige Anschaffungen mögen etwas stärker gestiegen sein, aber das wird durch günstigere Preise bei größeren Anschaffungen wettgemacht. Unser Index ist das objektive Bild, euer Bild ist dagegen nur eine Empfindung. Wir nennen das "gefühlte Inflation" oder "persönliche Teuerungserfahrung".

Auch hier ist es unmöglich, eine der beiden Seiten zu widerlegen.

Die Statistiker können aber ins Treffen führen, dass ihre Zahlen weithin als Maßstab für die Geldentwertung akzeptiert werden. Dass das so ist, ist aber kein Beweis dafür, dass sie die "echte Geldentwertung" messen, sondern nur, dass ihre Indizes von Tarifpartnern und Gerichten akzeptiert werden. Dies ist eine Akzeptanz durch Übereinkunft, eine Art "Konvention".

Die Konsumenten können sich dagegen nur auf ihre Alltagserfahrung und 10 Jahre alte Rechnungen verlassen, die sie aus ihren Schubladen hervor kramen. Sie haben keine langen Zeitreihen mit vollständigen Daten - aber auch kein Motiv zu lügen.

Der Staat hat beides. Er hat Millionen von "Hausnummern", auf die er sich stützen kann, aber auch - wie es im Krimi heißen würde - "Gelegenheit, Tatwaffe und Motiv", die Geldentwertung

⁵⁷ http://www.shadowstats.com/alternate_data/inflation-charts

möglichst niedrig darzustellen. Große Teile seiner Sozialausgaben hängen direkt von den Verbraucherpreisindizes ab, dazu kommt, dass die Inflationsrate eine wichtige Rolle für die öffentliche Wahrnehmung der "Leistung" der Politiker spielt, zum Beispiel bei der Konjunktur. Das Wirtschaftswachstum wird üblicherweise als Veränderung des realen Bruttoinlandsprodukts (BIP) angegeben und dieses fällt umso höher aus, je weniger stark "die Inflation" war. Für diese Berechnung wird freilich nicht der VPI, sondern eine unterschiedlich berechnete Maßzahl herangezogen, die die reale Teuerung noch stärker verharmlost, der "BIP-Deflator"⁵⁸.

Die rasche Vergrößerung der umlaufenden Mengen von Geld und Kredit spricht auch für die Theorie der systematischen Unterschätzung der Teuerungsraten. Unterschiedliche Maßzahlen steigen hier unterschiedlich stark, am stärksten steigen die "engsten" Indikatoren, etwa das Zentralbankgeld, das sich aus Bargeld und Mindestreserven zusammensetzt. Eigentlich ist auch dieses Geld eine Schuld, eine der Zentralbank gegenüber den Banken und Geldhaltern.

Folgend eine Tabelle mit den Geld/Kreditmengen zu Beginn der neuen Währung und heute. Die Zahlen stammen von der OECD. Die Statistik beruht auf einem Index, die absoluten Zahlen haben daher keine Bedeutung. Entscheidend ist ihre Veränderung.

Euro-Geldmenge fast verdreifacht
Index 2005=100

	1999	2012	Veränderung
M1	58,1	155,1	+ 167 %
M3	66.6	143,7	+ 113 %

Die Kürzel bezeichnen sogenannte Geldmengenaggregate, die die Notenbanken manchmal zur Steuerung ihrer Geldpolitik verwenden, früher häufiger als heute. Zentralbanker behaupten heute freilich oft, dass die Menge des ausgegebenen Gelds irrelevant für die Entwicklung der Preise sei.

Die für die alltäglich spürbare Teuerung wichtige Geldmenge ist M1. Diese beinhaltet das Bargeld (außerhalb des Bankenapparats) sowie die täglich fälligen Guthaben von Haushalten und Firmen bei Banken - also die Mittel, die Privatleute und Unternehmen sofort mobilisieren können, um was auch immer einzukaufen.

Das ist ein einigermaßen wirklichkeitsnaher Maßstab. Diese Geldmenge ist laut OECD/EZB binnen 13 Jahren um 167 Prozent gewachsen. Die Bandbreite von M3 ist größer. M3 umfasst Guthaben mit einer Kündigungsfrist von bis zu zwei Jahren.

⁵⁸ Manchmal wird dieser ironisch auch als "distractor", "Ablenker" bezeichnet;
http://www.europac.net/commentaries/gdp_distractor

M1 ist aber auch Bestandteil der "breiteren Geldmengen". Das Modell ist wie eine Zwiebel aufgebaut, deren äußerste Schicht auch die inneren Schichten umschließt. M3 reflektiert freilich bei weitem noch nicht alles, was in- und außerhalb des offiziellen Bankenapparats an "Kredit" produziert worden ist. Eigentlich müsste es noch M4 und M5 geben, aber diese Werte werden - wenn sie überhaupt berechnet werden - nicht publiziert. Das auf 80 Billionen US-Dollar geschätzte globale Schattenbankensystem⁵⁹ taucht in den Aggregaten bis M3 jedenfalls nicht auf.

Als Vergleichsmaßstab für die Kreditschöpfung kann der Harmonierte Verbraucherpreisindex (HVPI) der Eurozone dienen. Dieser ist in besagtem Zeitraum um etwa 32 (Euroland) bzw. 30 Prozent (Österreich) gestiegen.

Die offiziell angegebene Inflation entspricht nur etwa einem Fünftel des Anstiegs dieser "realistischen" Geldmenge M1.

Auch wenn man einräumt, dass es auch andere Faktoren gibt, die die Preise beeinflussen (Umlaufgeschwindigkeit des Gelds), dass sich der neu geschaffene Kredit nicht gleichmäßig über alle Bereiche der Wirtschaft ausbreitet und dass die Zentralbanken Mechanismen entwickelt haben, um die Anleger in gewünschte Anlageklassen zu locken (Aktien) und von unerwünschten fernzuhalten (Rohstoffe) - die Diskrepanz zwischen dem Geldmengenwachstum und der vom VPI gemessenen Inflation ist einfach zu groß. Zu groß als dass die Theorie, der Verbraucherpreisindex entspreche der echten Geldentwertung, haltbar ist.

Natürlich gibt es jenseits der von den Notenbanken publizierten Geldmengen keinen "objektiven Maßstab", der für alle gilt - die Bedürfnisse sind einfach zu unterschiedlich. Aber eine Annahme, dass für den Normalbürger die Geldentwertung über die vergangenen 13 Jahre doppelt so hoch ausgefallen ist als die offiziellen Statistiken ausgewiesen, hätte den Vorteil, die riesige, letztlich unerklärliche Diskrepanz zwischen Erhöhung Geldmenge und offizieller Teuerung zu verringern.

Eine solche Annahme wäre natürlich nicht mehr als eine grobe Schätzung, die in scharfem Kontrast zur scheinbaren Präzision des VPI stünde. Von diesem heißt es Monat für Monat zum Beispiel: Die Jahresinflation ist von 2,5 auf 2,4 Prozent gesunken - Aussagen, die nur dazu führen, dass sich die Leute am Schädel kratzen und verarscht fühlen.

Völlig zu Recht. Für sie besteht nicht nur kein wirklicher Unterschied zwischen 2,5 und 2,4 Prozent - vor allem liegen Welten zwischen der staatlich verordneten "Inflationwirklichkeit" und ihrer eigenen Teuerungserfahrung. Diese besteht darin, dass sie jedes Jahr automatisch um fünf bis acht Prozent höhere Versicherungsprämien, Hausbetriebskosten und Schulgelder bezahlen müssen und dass ihre Lebensmittelrechnung um wenigstens zehn Prozent steigt.⁶⁰

⁵⁹<http://www.zerohedge.com/news/2013-05-24/europe-opens-80-trillion-shadow-banking-pandoras-box-will-see-collapse-collateral-c>

⁶⁰ Berücksichtigt man die in den schrumpfenden Packungsgrößen versteckte Teuerung ist ein solcher Schätzwert

Solche Aussagen lassen sich im Übrigen wesentlich leichter auf Plausibilität prüfen als amtliche Statistiken mit Aberhunderten Komponenten - wenn man nur die wichtigen Rechnungen eine Weile aufbewahrt. Aber wer kann schon beurteilen, ob Bananen 0,11034 Prozent seiner Ausgaben ausmachen? Vielleicht ist es das Fünffache oder ein Fünftel! Die Rechnungen über die Wartung der Gastherme, die Haushaltsversicherung, die Tankfüllung oder den Strom aber lassen sich ein paar Jahre aufheben. Und seltsamerweise tendieren diese Quittungen dazu, eher die gefühlte Inflation als die offizielle Wirklichkeit zu bestätigen.

Freilich wird mit einem solch pragmatischen Vorgehen wenig Relevantes nicht mehr so genau gemessen wie heute, der Einordnung von realem Kaufkraftverlust käme ein solches Vorgehen aber näher. Den Schaden daraus hätten höchstens Regierung, Zentralbank und Medien, die nicht mehr so einfach behaupten könnten, die Geldentwertung betrage nur zwei Prozent und die Kaufkraft des Euro sei stabiler als jene der Vorgängerwährungen.

"Ausgesperrte" leben länger

Wie realistisch waren die bis heute nachwirkenden Ängste, dass Exportbetriebe jener Staaten, die sich politisch nicht stärker verpflichten wollten, aus dem Binnenmarkt ausgesperrt würden? Wäre dies tatsächlich zutreffend gewesen, hätte das zu ein paar äußerst hart zu treffenden Grundsatzentscheidungen für kleine, auf den europäischen Markt angewiesene Länder wie etwa die Schweiz führen müssen.

Österreich liefert heute 68 Prozent seiner Ausfuhren in die EU und der Schweizer Außenhandel war in den 1990er-Jahren vergleichbar einseitig ausgerichtet.

Nach dem knappen EWR-Nein Ende 1992 befanden sich die eidgenössischen Exporteure in einer schlechteren Position als beispielsweise jene Norwegens, das von seiner Außenhandelsstruktur her viel weniger stark auf die EU angewiesen war. Die Norweger lehnten 1994 zwar den Beitritt ab, sind aber nach wie vor Mitglied des Europäischen Währungsraums.

Interessanter als jene Norwegens sind die Ausfuhren der EU-Neulinge Schweden und Finnland. Die Rohdaten der folgenden Tabelle stammen von Eurostat und Statistics Finland.

Exporte in die Eurozone (Mrd. Euro)⁶¹

	1999	2011	Veränderung in %
Österreich	43,8	95,1	+117,3
Finnland	13,1	15,6	+19
Schweden	33,8	53,1	+56,8
Schweiz	44,2	79,8	+80,6

Österreichs Exporte in die Eurozone haben sich bei weitem am besten entwickelt. Aber weder die Schweiz noch das Nicht-Euroland Schweden scheinen größere Probleme mit dem Zutritt zu ihrem größten Auslandsmarkt bekommen zu haben. Die Finnen haben sich trotz ihres Eurobeitritts nur vergleichsweise wenig in den Binnenmarkt integriert.

Ganz im Gegensatz zu Dänemark und Schweden. Ein von Kieler Wirtschaftswissenschaftlern erstellter Integrationsindex zeigt, dass sich die Intra-EU-Verflechtungen der beiden Nicht-Eurostaaten von 1999 bis 2010 deutlich vergrößert haben. "Das (...) ambitionierte und erfolgreich umgesetzte Binnenmarktprojekt mit allen 27 EU-Mitgliedstaaten (funktioniert) unabhängig davon, ob sie zur Eurozone gehören oder nicht. Der Binnenmarkt braucht somit den Euro nicht."⁶²

Die von diesen Ökonomen angeführte Tabelle zeigt, dass sich Dänemark und Schweden etwa gut in die EU eingefügt haben wie Österreich. Das Euro-Land Finnland ist zurückgefallen ist und bei Italien und Griechenland hat die Binnenmarktintegration stagniert oder sogar abgenommen.

⁶¹ Österreich-Daten inkl. Dienstleistungen, Schweden und Finnland nur Güter. Die finnischen Daten umfassen nur die sieben größten Euro-Märkte mit Ausnahme Estlands.

⁶² Renate Ohr, Jörg König, EU-Binnenmarktintegration im Licht des EU-Integrationsindex, 2012

Intra-EU-Verflechtungen der EU-Mitgliedsländer in Relation zum jeweiligen BIP

1999			2010		
Rang	Land	Index-Punkte	Rang	Land	Index-Punkte
1	Belgien	64,65	1	Belgien	81,66
2	Irland	51,31	2	Irland	60,75
3	Niederlande	36,44	3	Niederlande	44,33
4	Schweden	24,73	4	Schweden	33,71
5	Österreich	22,21	5	Österreich	32,45
6	Deutschland	22,14	6	Dänemark	28,52
7	Frankreich	21,26	7	Deutschland	26,91
8	Dänemark	19,64	8	Frankreich	24,15
9	Großbritannien	17,79	9	Spanien	22,23
10	Portugal	16,91	10	Großbritannien	21,89
11	Finnland	15,16	11	Portugal	21,52
12	Spanien	15,08	12	Finnland	20,65
13	Italien	10,02	13	Italien	11,55
14	Griechenland	9,20	14	Griechenland	7,97

Quelle: J. König, R. Ohr: Homogeneous groups within a heterogeneous community: evidence from an index measuring European economic integration, cege-Diskussionspapier, Nr. 138, Göttingen 2012; J. König, R. Ohr: Messung ökonomischer Integration in der Europäischen Union – Entwicklung eines EU-Integrationsindexes, cege-Diskussionspapier, Nr. 135, Göttingen 2012; eigene Berechnungen.

Die überaus starke Zunahme der österreichischen Export in die EU ist zum einen Folge eines statistischen Effekts, der durch die Beitrittsstufe 2004 eingetreten ist - die neu entwickelten osteuropäischen Märkte der österreichischen Exporteure befanden sich plötzlich zum überwiegenden Teil innerhalb der EU. Zum anderen scheinen sich die österreichischen Firmen tatsächlich verstärkt auf den EU-Raum ausgerichtet zu haben. Auch die Importe von dort haben sich intensiviert.

Eine erhöhte Handelsverflechtung kann, muss aber kein Vorteil sein, wie das Beispiel der Schweiz zeigt. Relativ gesehen hat sich der EU-Handel der Schweiz abgeschwächt, aber in diese Lücke sind rascher wachsende asiatische Handelspartner vorgestoßen. 1999 lieferte die Schweiz noch 64 Prozent ihrer Ausfuhren in die EU, 2011 waren es nur mehr 57 Prozent. Dafür stieg der

Asien-Anteil an den Schweizer Ausfuhren von 15,4 auf 22,1 Prozent. Die Schweizer haben den Österreichern das "vorgehüpft", was ihnen die hiesige Wirtschaftskammer heute nachzuhoppeln versucht.⁶³

Dennoch ist die EU für die Schweiz nach wie vor von überragender Bedeutung, speziell Deutschland. 140 bilaterale Verträge haben den Eidgenossen einen zwar mühsam errungenen, aber problemlosen Zugang zum Binnenmarkt gesichert.

Die durch den Euro erreichte stärkere Handelsverflechtung bedeutet zwingend, dass die europäischen Staaten nicht nur mehr in ihre Nachbarländer ausführen, sondern auch mehr von dort beziehen. Analysiert man die Salden aus den Handelsströmen ("Außenbeitrag"), taucht ein seit dem Ausbruch der Krise bekannt gewordenes Bild auf: Die einen haben mit ihrer Leistungsbilanz vom Euro profitiert, die anderen haben sich verschlechtert.

Außenbeitrag⁶⁴
(Exporte - Importe in % BIP)

	1999	2007	2012
Deutschland	0,9	7,0	5,7
Österreich	1,2	5,7	3,8
Spanien	-1,9	-6,7	1,0
Finnland	9,1	5,1	-0,6
Schweden	6,5	7,5	6,2
Schweiz	4,8	9,9	10,3

Österreich gehört wie Deutschland zu den "Gewinnern", etliche südeuropäische Länder haben "über ihre Verhältnisse gelebt" - also viel mehr aus dem Ausland bezogen als dorthin ausgeführt. Manchen scheint es inzwischen gelungen zu sein, den Trend umzudrehen. Das kann als Zeichen der Heilung interpretiert werden - oder dafür, dass die dortige Austeritätspolitik die Einfuhren zum Erliegen gebracht hat.

Die süßen Früchte der kleinen Tiere

Schon Ende der 1980er-Jahre mussten die österreichischen Politiker begründen, warum das Land den Vollbeitritt anstreben müsse und sich mit keiner "halben Lösung" wie dem Europäischen Wirtschaftsraum zufriedengeben dürfe. Ein Beitritt zum EWR wäre in ihren Augen eine solche gewesen, ein österreichischer Kompromiss im schlechten Sinn, nach dem Motto:

⁶³ "Auffällig war, dass die Exporte in die EU 2012 zurückgegangen sind, das gilt auch für die Exportboomländer der vergangenen Jahre in Mittel- und Osteuropa." "Derzeit vollzieht sich ein von der AWO forcierter Strukturwandel bei den heimischen Ausfuhren mit einer Verringerung Europas und einem Anstieg von Ausfuhren nach Amerika, Asien und Afrika." APA 122, 14.12.2012,

⁶⁴ Quelle: Eurostat

Ein bisschen drinnen, ein bisschen draußen - gerade richtig.

Das in der damaligen Situation nicht unvernünftig klingende Argument der Beitrittsbefürworter lautete etwa so: "Österreich ist schicksalhaft auf den ungehinderten Zugang zum europäischen Binnenmarkt angewiesen. Im EWR, der sich in der wirtschaftlichen Substanz kaum von der Vollmitgliedschaft unterscheidet, verfügt die Republik über keine Möglichkeit der Mitbestimmung. Nur als Vollmitglied kann man Einfluss auf die Entscheidungen der EG ausüben." Im EWR müsse man nehmen, was die "Insider" den Außenseitern vorsetzten; die Mitsprache werde umso größer sein, je früher man der Union beitrete.⁶⁵

Knapp vor der Abstimmung 1994, nachdem die Quoten und Pöstchen bereits größtenteils ausverhandelt waren, zückte der damalige Nationalratspräsident den Taschenrechner und rechnete nach, dass Österreich mit 2,15 Prozent der Einwohner 3,2 Prozent der Europa-Parlamentarier beanspruchen könne, 4,6 Prozent der Stimmrechte im Ministerrat und fünf Prozent der Kommissare (d.h. einen).⁶⁶

Das umschrieb das Nachrichtenmagazin profil zwei Wochen später so: "Heute fressen in der Union die süßesten Früchte keineswegs nur die großen Tiere - die kleinen Mitgliedsstaaten haben ein überproportionales Maß an Mitsprache. Der Rat (...) bevorzugt systematisch die Kleinen."⁶⁷ Immerhin deutet der Autor, der zwei Jahre später Pressesprecher bei den europäischen Grünen wurde, zwischen den Zeilen an, dass sich dieses Privileg bei der nächsten Reform wieder ändern könnte.

Die Theorie von der überproportionalen Mitbestimmung beinhaltet schon damals eine kräftige Portion "selektive Wahrnehmung", denn es war klar, dass das Land beim EU-Beitritt den bestehenden Rechtsbestand ("Acquis Communautaire") unverändert zu übernehmen hatte; in dieser Hinsicht unterschieden sich Vollbeitritt und EWR nicht voneinander. Die Mitbestimmung im Ministerrat betraf ja nur die neuen Rechtsakte.

Wenn die in Lissabon vereinbarten neuen Abstimmungsregeln am 1. November 2014 in Kraft treten werden, wird vom bisherigen Privileg der kleinen Tiere nichts mehr übrig geblieben sein. Im Ministerrat, wo die von der Kommission vorgelegten Gesetze beschlossen werden, wird sich der österreichische Einfluss fast gedrittelt haben, Wien wird dann entsprechend dem österreichischen Bevölkerungsanteil nur mehr 1,7 Prozent der Stimmanteile auf die Waage bringen können.

Dies ist nur zum kleineren Teil eine Folge davon, dass der Union inzwischen 13 neue Staaten beigetreten sind. Der zweite Grund dafür ist, dass mit dem Vertrag von Lissabon der "künstliche Einfluss" der Kleinen ersatzlos abgeschafft wird. Die Union geht in die Hand der Großen über:

⁶⁵ Vgl. z.B. OTS 086, 25.5.1994: "Sollte Österreich der Union fernbleiben, so müssten wir ihre Regeln, Standards und Normen trotzdem übernehmen. Dieses Nachvollziehen ist eigentlich nichts anderes als Fremdbestimmung."

⁶⁶ Fischer: Überproportional großer Einfluß Österreichs in der EU, APA 106, 7.3.1994

⁶⁷ profil 13/94, 28.3.1994

Deutschland, Frankreich, England, Italien, Spanien und Polen. Kleinstaaten haben die Wahl, sich mehr oder minder freiwillig einer einstimmigen Entscheidung anzuschließen oder überstimmt zu werden. Nur wenn sich die Großen nicht einig sind, können sie versuchen, das Zünglein an der Waage zu spielen.

Österreichisches Stimmgewicht im Ministerrat in %

1995	4,6
2003/04 (nach Osterweiterung)	2,9
Ab 2014	1,7

Aus drei Entscheidungskriterien im Nizzavertrag⁶⁸ werden in Lissabon zwei ("doppelte Mehrheit"): Mehrheit der Mitgliedsstaaten und 65 Prozent der EU-Bevölkerung.

Die in Lissabon vereinbarten Veränderungen zu Lasten der Kleinen gehen aber über die Verringerung der Stimmgewichte der kleinen Staaten hinaus. Neu definiert wurde auch die "qualifizierte Mehrheit". Für eine solche werden ab 2014 65 Prozent der Stimmen ausreichen. In Nizza ist dieser Schwellenwert noch bei 74 Prozent gelegen.

Die bedeutsamste Veränderung ist aber die Abschaffung der Veto-Möglichkeiten in rund 40 Politikbereichen, z.B. bei Grenzkontrollen und in der Immigration, bei der europäischen Justizbehörde Eurojust, dem Polizeiamt Europol, bei der künftigen Europäischen Verteidigungsagentur, sowie bei Veränderungen im System der Europäischen Zentralbanken (ESZB).⁶⁹ Nur mehr bei einer Handvoll von Bereichen (Steuern, Außen- und Sicherheitspolitik, Soziale Sicherheit) ist Einstimmigkeit geboten.

Das alles ist unter dem Gesichtspunkt der politischen Gleichstellung der europäischen Bürger nur recht und billig, denn es ist nicht einzusehen, warum 1000 Deutsche oder Polen ein geringeres Stimmgewicht haben sollten als 1000 Österreicher oder Luxemburger.

Aber die Politiker hätten die Öffentlichkeit darauf hinweisen müssen, dass "die süßen Früchte für die kleinen Tiere" von Vertragsänderung zu Vertragsänderung weniger süß werden würden, dass sie sich dieser Entwicklung nicht versperren könnten und dass diese sogar die logische Folge der von Wien selbst forcierten europäischen Staatenbildung ist. Ein solcher Hinweis auf die "Risiken und Nebenwirkungen" der Vertragsänderungen aber fand nie statt. Pharmafirmen und Unternehmen, die Fast Food oder Haarwasser verkaufen, müssen ungleich strengere Verpflichtungen für ihre Informations- und Werbetätigkeit erfüllen.

⁶⁸ Mehrheit der Staaten, 62 Prozent der Bevölkerung und 74 Prozent der Stimmen

⁶⁹ http://europa.eu/scadplus/constitution/majority_en.htm#LIST